



GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST
AHS-GEWERKSCHAFT

1090 Wien, Lackierergasse 7

Tel: 01/4056148, Fax: 01/4039488

E-Mail: office.ahs@goed.at

ZVR-Nr. 576439352

www.oegb.at/datenschutz

Wien, im September 2024

„HEIßES“ THEMA BILDUNGSPOLITIK SO STEHEN DIE EINZELNEN PARTEIEN DAZU

Kurz vor den Sommerferien hat die AHS-Gewerkschaft die Vorsitzenden aller fünf Parlamentsparteien um die Beantwortung von fünf Fragen zur Bildungspolitik gebeten. Es wurden durchaus spannende Antworten gegeben. Die SPÖ blieb uns leider die Antworten schuldig.

Frage 1: Im OECD-Mittel werden 7,3 Prozent des Gesamtbudgets dem Schulwesen zur Verfügung gestellt, in Österreich aber nur 5,3 Prozent (Quelle: OECD (Hrsg.), Bildung auf einen Blick 2023 (2023), Tabelle C4.1.). Halten Sie Österreichs Dotierung für ausreichend? Wenn ja, warum?

ÖVP

Man kann nie genug in die Bildung von jungen Menschen investieren. Jeder dafür investierte Euro macht sich später spürbar bezahlt. Die angesprochene Kenngröße wird von verschiedenen Faktoren insbesondere auch der Demographie beeinflusst. Wir haben uns allerdings immer für mehr Budget eingesetzt und in vielen Bereichen sind in den letzten Jahren auch zusätzliche Investitionen gelungen. Um nur einige zu nennen: Rund 100 Mio. Euro zusätzlich pro Jahr für den neuen Unterrichtsgegenstand Digitale Bildung und digitale Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler, Ethik als verpflichtender Gegenstand, die Aufstockung der Schulpsychologie um 20 Prozent, unsere neuen Programme zur Gewalt- und Extremismusprävention oder auch unsere Angebote im Bereich Schulsport, etwa mit dem Monat des Schulsports oder dem Ausbau der täglichen Bewegungseinheit.

GRÜNE

Man muss sich immer genau anschauen, wo die Mittel hinfließen und darauf achten, dass sie effizient genutzt werden. Auch wenn die Bildungsausgaben in Österreich gemessen an der Wirtschaftsleistung knapp unter dem OECD-Mittel liegen, sind wir pro Kopf weit über dem europäischen Durchschnitt. Wo wir jedenfalls Aufholbedarf sehen, ist beim Supportpersonal, das zeigt die TALIS-Studie. Hier liegt großes Potenzial, mehr Unterstützung an Schulen zu holen.

FPÖ

Im Grunde sollte ausreichend Geld im Bildungssystem sein. Die Frage ist, ob genügend im Klassenzimmer ankommt. Laut dem ehemaligen Finanzminister Schelling sind das nur 50 Cent. Hier muss man zunächst ansetzen, das heißt Bürokratieabbau!

NEOS

Mehr Geld für die Bildung gibt es nur mit einem generationengerechten Budget. Die Zukunftsquote des Bundesbudgets ist erschreckend niedrig, wie das NEOS Lab jährlich aufzeigt. Wir wollen mehr Investitionen in Elementarpädagogik, Schule, Wissenschaft und Forschung. Mit weniger Bürokratie und einem gezielten Ressourceneinsatz dort, wo die größten Herausforderungen sind, soll außerdem die Wirksamkeit der Mittel erhöht werden. Lehrer:in ist der wichtigste Job der Republik - es muss uns etwas wert sein, dass es auch der beste Job wird. Die Schule soll wieder zu einem Ort werden, an dem Lehrkräfte gerne arbeiten und Schüler:innen gerne lernen.

Frage 2: Für AHS-Unterstufenschüler:innen wird laut Nationalem Bildungsbericht etwa ein Drittel weniger Ressourcen zur Verfügung gestellt als für gleichaltrige Schüler:innen von Landesschulen. (Quelle: Nationaler Bildungsbericht Österreich, Teil 2, 2021, S. 197.)

Halten Sie diese Schlechterstellung der AHS für gerechtfertigt? Wenn ja, warum?

ÖVP

Für die Differenzierung in Leistungsgruppen waren immer schon mehr Mittel erforderlich, dann kamen mit der Einführung der neuen Mittelschule die Zusatzressourcen für sechs Zusatzstunden. Wichtig ist bedarfsorientierte Finanzierung, hier kann immer nachgeschärft werden. Mit den neuen Unterrichtgegenständen sowie den erheblichen Aufstockungen bei den Schulbudgets konnten wir in den vergangenen Jahren Akzente setzen.

GRÜNE

Ressourcen sollen dorthin gehen, wo sie gebraucht werden. Deshalb treten wir Grüne für eine bedarfsgerechte Mittelverteilung ein. Schulen mit größeren Herausforderungen brauchen mehr Mittel und Personal, um Nachteile ausgleichen zu können, ganz unabhängig vom jeweiligen Schultyp. Jedes einzelne Kind profitiert von guter Bildung und wir als Gesellschaft gleich mit.

FPÖ

Eine Schlechterstellung von AHS-Unterstufenschülern halten wir nicht für gerechtfertigt. Grundsätzlich muss jeder Schüler gleich viel wert sein, wobei es natürlich auch Ausnahmen gibt: SPV, berufsbildende Schulen, spezielle Projektförderungen etc. Eine Abschaffung der AHS-Unterstufe über die Hintertür durch weitere Budgetverschiebungen wird es mit uns nicht geben.

NEOS

Die AHS sind meist in Städten, die Mittelschulen auch am Land angesiedelt, mit kleineren Klassen und somit höheren Kosten pro Schüler:in. Aus NEOS-Sicht soll die Schulfinanzierung neu konzipiert werden. Unabhängig vom Träger (Bund, Länder, Gemeinden und Private, wenn sie auf Elternbeiträge verzichten) soll ein fixer Betrag pro Schüler:in zur Verfügung stehen, ergänzt um einen Chancenbonus nach sozialen Kriterien. Davon können auch AHS in sozial herausfordernder Lage profitieren. Darüber hinaus wollen wir die Mittel gezielter an den Schulen statt in der Schulverwaltung erhöhen.

Frage 3: Treten Sie für den Erhalt der gymnasialen Langform oder für die Einführung der Gesamtschule ein? Untermauern Sie das mit Argumenten!

ÖVP

Die Langform der AHS ist ein erfolgreiches Schulmodell und der beste Weg zur Universität. Ich sehe keinen Grund, diese Schulform strukturell in Frage zu stellen. Ich sehe in einer flächendeckenden Gesamtschule auch keinen Vorteil. Wir sollten Talente und Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern erkennen und fördern und sie nicht unter den Tisch fallen lassen. Die Schulautonomie ermöglicht unterschiedlichen Schulen unterschiedliche Schwerpunkte, was maßgeblich zur Stärkung der Individualität und Vielfalt unserer Schülerinnen und Schüler beiträgt.

GRÜNE

Schulentscheidungen mit neun Jahren zu treffen, ist zu früh. Kinder brauchen Zeit, um die eigenen Stärken und Interessen zu entfalten. Daher sind wir für eine spätere Trennung: Kinder sollten sich erst mit 14 für ihren individuellen Bildungsweg entscheiden müssen, ob sie lieber das Gymnasium, eine berufsbildende Schule oder einen Lehrberuf wählen möchten. Für das Gelingen einer Reform braucht es einen breiten gesellschaftlichen Konsens.

FPÖ

Eine Gesamtschule würde aufgrund der Heterogenität der Schüler das Bildungssystem massiv verschlechtern. Wir wollen eine ehrliche Unterstützung der einzelnen Bildungskarrieren durch persönliche „Talente-Checks“ in der 3./4. und 7./8. Schulstufe. Sollte sich zwischenzeitlich der Bildungspfad ändern, muss ein Umstieg unterstützt werden. Die Mittelschule muss mit Schwerpunktsetzungen und dem Ausbau der unter Schwarz-Blau wiedereingeführten Leistungsgruppen gestärkt werden. Eine berufsbildende Bildungskarriere (Lehre) ist mindestens gleichwertig zu einer weiterführenden Schulausbildung.

NEOS

Die Gemeinsame Schule kann zu mehr Chancengerechtigkeit beitragen, ist aber kein Allheilmittel, wie positive und negative internationale Beispiele zeigen. Wir treten langfristig für eine gemeinsame, binnendifferenzierte, voll autonome Schule ein, die in öffentlicher wie in privater Trägerschaft schulgeldfrei für alle zugänglich ist. Wir wollen ein Schulsystem der Vielfalt, mit echter Autonomie. Mittels "Chancenbonus" bekommen Schulen in sozial herausfordernder Lage die nötigen Ressourcen, um hohe Ansprüche an Qualität und Niveau zu erfüllen.

Frage 4: Disziplinäre Probleme bis hin zu gewalttätigen Schüler:innen belasten den Unterricht in immer höherem Ausmaß. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht in diesem Zusammenhang notwendig, um Lehrer:innen bei ihrem pädagogischen Wirken zu unterstützen?

ÖVP

Zum einen müssen wir Lehrerinnen und Lehrern mehr Möglichkeiten und Instrumente geben, um disziplinäre Probleme besser handhaben und sanktionieren zu können. [...]
Außerdem brauchen wir natürlich gezielte Präventions- und Interventionsstrategien. Dies soll Lehrkräfte befähigen, Konflikte frühzeitig zu erkennen und effektiv zu bewältigen. Auch die Entwicklung von zielgerichteten Betreuungs- und Unterstützungskonzepten und der Ausbau von Supportpersonal an Schulen sind notwendig [...].*

*Text redaktionell gekürzt

GRÜNE

Wir brauchen multiprofessionelle Teams an Schulen, in dem Schulsozialarbeiter:innen und Stützkräfte Lehrpersonen unterstützen und die Herausforderungen gemeinsam bewältigt werden. Die neuen Kinderschutzkonzepte sollen im Umgang mit schwierigen Situationen helfen. Ein Teil der Konzepte ist ein gemeinsam erarbeiteter Verhaltenskodex, der auch präventiv wirkt. Die Schulworkshops zu Gewaltprävention, die seit 2022 gratis sind, sollen ausgebaut werden.

FPÖ

Bei disziplinären Problemen müssen den Lehrenden die entsprechenden Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Die FPÖ hat hierfür einen konkreten 9-Punkte-Plan als Antwort auf das zunehmende Gewalt- und Konfliktpotenzial an Schulen vorgelegt, der als Antrag im Parlament vorliegt.

Als letzte Konsequenz muss es klarere Regeln für die zügige und permanente Wegweisung von aggressiven und verhaltensauffälligen Schülern geben, und es bedarf eines Rückhalts gegenüber der Lehrperson.

NEOS

So vielfältig die Ursachen sind, so vielfältig sollen die Lösungsansätze sein. Das psychosoziale Supportpersonal muss rascher ausgebaut werden, damit jede Schule (bzw. Cluster von Kleinschulen) vor Ort über Vollzeit-Sozialarbeiter und Psychologinnen verfügt. Die Elternarbeit soll verstärkt werden. Gegen Eltern, die sich der Zusammenarbeit mit der Schule komplett verweigern, müssen Sanktionen möglich sein. Personell besser ausgestattete Kindergärten sollen rechtzeitig kompensieren, was in manchen Familien zu kurz kommt.

Frage 5: Der Mangel an fachlich wie pädagogisch vollwertig ausgebildeten Lehrer:innen wird immer gravierender. Er ist unter anderem auf das sehr unattraktive neue Dienstrecht zurückzuführen, das ohne Einigung mit den Sozialpartnern eingeführt wurde. Wie stehen Sie zur Wiedereinführung des Optionsrechts zwischen altem und neuem Dienstrecht?

ÖVP
Vor knapp zwei Jahren wurde mit der Initiative „Klasse Job“ die größte Lehrkräfteoffensive der zweiten Republik gestartet. Bei der Hauptausschreibung für das Schuljahr 2024/25 haben sich 12.000 Personen auf die etwa 7.000 offenen Voll- und Teilzeitstellen beworben. Wir sehen damit sowie mit der Weiterentwicklung des Lehramtes den Erfolg der Initiative bestätigt. Mit dem neuen Lehrerdienstrecht wurde vor Jahren ein Modell mit flacherer Gehaltskurve eingestellt, das sich bislang bewährt hat.

GRÜNE
Dazu haben viele verschiedene Faktoren beigetragen, demographische Entwicklungen und regionale Herausforderungen sind nur zwei davon. Das Dienstrecht spielt dabei aus unserer Sicht aber eher eine untergeordnete Rolle. Wichtiger ist, dem Lehrer:innenmangel nachhaltig zu begegnen: Mit dem „Quereinsteiger:innenpaket“ ist uns bereits eine wichtige Maßnahme zur Bekämpfung des Lehrer:innenmangels gelungen, es wird aber noch weitere Schritte brauchen.

FPÖ
Aus Sicht der FPÖ ist ein völlig neues Dienstrecht notwendig – Mit einer leistungs- und ergebnisorientierten Besoldungssystematik, flexiblen und standortautonomen Arbeitszeitgestaltungsmöglichkeiten, klaren Regelungen bezüglich Anstellung und Kündigung von Pädagogen und vielem mehr.

NEOS
Bessere Arbeitsbedingungen sind die wichtigste Antwort auf den dramatischen Lehrkräftemangel. Werbekampagnen sind kein Ersatz dafür. Was das komplexe und starre Dienstrecht betrifft, sehen wir sowohl das "alte" als auch das "neue" als ungeeignet für eine dynamische, autonome Schulentwicklung an. Unsere Vision von "Autonomie statt Bürokratie" umfasst auch die Abschaffung des Lehrerdienstrechts (ersetzt durch einen Kollektivvertrag) und der Bildungsdirektionen (ersetzt durch Serviceagenturen).